

Tod eines Grenzgängers

Der Anfang Juni 1981 aus der DDR geflohene Oberstleutnant Klaus-Dieter Rauschenbach, der zwei Tage nach seinem Grenzübergang zurück in die DDR gewechselt war, ist tot. Der damals 39jährige Kommandeur des in Dermbach stationierten 3. Grenztruppenregiments war in einem „gewissen Zustand der Labilität“ (so vernehmende Grenzschutzbeamte) in den Westen gegangen, nachdem er in einer DDR-Nervenklinik behandelt worden war und wegen dienstlicher Verstöße eine disziplinarische Bestrafung fürchtete. Trotz des offenkundigen Schocks, unter dem der Flüchtling



Rauschenbach beim ARD-Interview

stand, hatten die Bonner Gespräche zwischen Rauschenbach und seiner Frau sowie Abgesandten aus Ost-Berlin genehmigt – danach kehrte der Überläufer „aus freien Stücken“ in die Heimat zurück. DDR-Bürger berichten heute, Rauschenbachs Gesundheit habe die seelischen Anstrengungen des doppelten Grenzübergangs nie überwunden.

Viele Gemeinsamkeiten

Die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und der DDR auf den Gebieten Wissenschaft und Technik soll intensiviert werden. Rund 100 Projekte hat Staatssekretär Hans-Hilger Haunschild vom Bundesforschungsministerium in einem internen Papier zusammengestellt. Die geplante Kooperation reicht von der Erforschung von Aids bis hin zu Untersuchungen über Einflüsse der Ernährung auf die Krebshäufigkeit. Umweltschäden an Denkmälern sollen ebenso wie Meeresbiologie in der Ostsee gemeinsam erforscht werden. Ein besonderer Schwerpunkt wird die Kerntechnik sein. So wollen das Kernkraftwerk „Bruno Leuschner“ aus Greifswald und das Kernforschungszentrum Karlsruhe „Brennstabverhalten“ in Atommeilern untersuchen, erforscht werden sollen auch „Risiko und Zuverlässigkeit“.



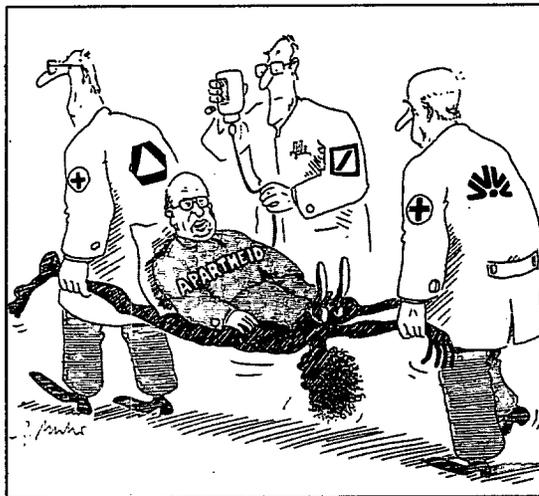
Bundestags-Provisorium im alten Wasserkloof

Knigge für das Wasserwerk

Bundeskanzler Helmut Kohl gab seinen Ministern vergangenen Mittwoch im Kabinett Maßregeln für die Plenarsitzungen des Parlaments im Wasserwerk. Die Erkenntnisse des Kanzlers, der die neuen Räume ausgiebig besichtigt hatte: Die Redner müßten sich auf stärkerer Störfeuer von der Opposition einrichten. Zwischenrufe seien am Rednerpult nun besser zu hören. Wegen der Enge könnten die Minister nicht mehr mit großem Troß auf der Regierungsbank Platz nehmen und müßten auf die großen schwar-

Deutsche Spenden für Südafrika

Nachhilfeunterricht über eine bisher nicht bekannte Form der Zusammenarbeit zwischen deutschen Industrieunternehmen und dem südafrikanischen Apartheid-Regime erteilte der von der FDP übergewechselte SPD-Abgeordnete Günter Verheugen dem Bonner Außenamt. Nach einer Südafrika-Reise an der Seite des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt im April dieses Jahres hatte Verheugen die Bundesregierung gefragt, ob ihr bekannt sei, „daß südafrikanische Tochtergesellschaften deutscher Unternehmen die Apartheidpolitik durch Spenden an die regierende Nationale Partei Südafrikas unterstützen“. Das AA antwortete lapidar: „Nicht bekannt“. In einem Buch „Apartheid – Südafrika und die deutschen Interessen am Kap“, das der Kölner Verlag Kiepenheuer & Witsch in dieser Woche vorstellt, gibt Autor Verheugen jetzt eine detaillierte Darstellung jenes Zusammenspiels zwischen deutschem Big Business und dem Buren-Regime, von dem die Bundesregierung angeblich nichts weiß:



Letzte Hilfe für Botha

die tageszeitung

Einmal im Jahr – meistens im April oder Mai – pflegte sich in Kapstadt oder Pretoria die Creme der deutschen Wirtschaft in Südafrika mit Ministern der Regierung Botha und Vertretern der regierenden Nationalen Partei zu treffen. Die Herren – es waren immer nur Herren – erörterten dies

und das, wie es für die Geschäfte beider Seiten nützlich war, und trennten sich wieder. Die Treffen wurden diskret behandelt, denn sie hatten ein regelmäßiges Nachspiel: Ein Kassierer kam. Er kam in Gestalt des NP-Abgeordneten für den Wahlkreis Pretoria/Waterkloof, George Marais, und trieb bei den deutschen Unternehmen eine Art Steuer ein – für die Parteikasse. Parteispenden zur Pflege der politischen Landschaft im Apartheid-Staat.

Die diskreten Treffen wurden, so der Autor weiter, bis 1985 von der Deutsch-Südafrikanischen Handelskammer organisiert. Dieses Jahr allerdings wurde das System geändert: Diesmal gab es die Einladung zum Spitzengespräch nur gegen Vorkasse. Nach Eingang der Zahlungen wurden BMW, Siemens, Bayer, Steinmüller, Deutsche, Dresdner und Commerzbank nach Kapstadt gebeten.